

# Offene Worte

Online Nr. 19

Zeitung der LINKEN für den Barnim 20. Mai 2020, 30. Jahrg.

## Sozial-ökologische Verkehrswende?

Mit einem Diskussionspapier will die Brandenburger LINKE ins Gespräch mit Experten, Beigeordneten, Verkehrsunternehmen aber natürlich auch mit Mitgliedern und Sympathisant\*innen kommen.

Initiator ist die Landtagsfraktion, die zum Beispiel einen Aktionsplan in 6 Schritten für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorstellt. Darin geht es zuerst um einen derzeitigen Krisenausgleich, dann bis Ende 2020 darum, das bestehende Angebot des ÖPNV mit Landesunterstützung zu sichern. In den Jahren 2021/22 wäre ein Ausbau erforderlich zum Beispiel für landesbedeutende Buslinien. Ab dem Folgejahr müsste es nach dem Diskussionspapier darum gehen, den Verkehrsanteil des Umweltverbundes auf 80 Prozent zu steigern und Klimaneutralität des Brandenburgischen Verkehrssektors herzustellen.

Für diese Entwicklung schlagen die LINKEN vor, dass der ÖPNV eine kommunale Pflichtaufgabe werden muss, die schrittweise von einem Sozialticket für den Verkehrsverbund, über beitragsfreie Schülerbeförderung zu einem langfristigen Nulltarif führen könnte, alle gesteuert von einer Landeseisenbahnverkehrs-gesellschaft. (TK)

## Bis zu 1500 Euro für Pflegekräfte

LINKE Brandenburg: Auch andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen berücksichtigen und endlich einen flächendeckenden Tarifvertrag

Der Bundestag beschloss es am 14. Mai, der Bundesrat am 15. Mai: Beschäftigte in der Altenpflege erhalten in diesem Jahr eine gestaffelte Prämie bis zu 1.000 Euro. Die Höhe richtet sich nach Funktion und Arbeitszeit. Die Kosten trägt der Bund, rund 1 Milliarde Euro sind veranschlagt. Länder oder Arbeitgeber können den Bonus auf 1.500 Euro aufstocken, die dann insgesamt steuerfrei bleiben.

In Brandenburg geht das Tazziehen darum bereits länger: Mitte März verkündete die Landesregierung die Einführung eines Rettungsschirmes von erst 500 Millionen Euro, der dann sehr schnell auf 2 Milliarden Euro erhöht wurde. Angesichts dieser gigantischen Beträge forderte der Fraktionschef der LINKEN im Brandenburger Landtag, Sebastian Walter, eine Sofortprämie für Beschäftigte in der Pflege und im Einzelhandel, für Krankenschwestern sowie Reinigungskräfte in Höhe von 500 Euro monatlich. „Sie retten gerade unseren Alltag und gehören zu den schlecht bezahltesten Berufsgruppen“, so Walter am 24. März.

Da es keine positiven Signale



Am 12. Mai, dem Internationalen Tag der Pflege, hatte die LINKE vor dem Kanzleramt die Forderungen nach mehr Grundgehalt, der Ausbildung und Einstellung von Pflegekräften verdeutlicht. Foto: flickr

der Kenia-Koalition gab, reichte DIE LINKE am 5. Mai einen Antrag für den Landtag ein, die bundesweite Anerkennungsprämie für Beschäftigte in der Altenpflege sowie in Gesundheitsberufen aus Landesmitteln aufzustocken.

Am 15. Mai nun entschied der Landtag endlich, die Prämienzahlung für Beschäftigte in der Altenpflege aufzustocken, sodass bis

zu 1.500 Euro an die Beschäftigten steuerfrei gezahlt werden können. „Der linke Druck war letzten Endes zu groß“, erläutert der gesundheitspolitische Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN, Ronny Kretschmer. „Tatsächlich über Nacht legte die Kenia-Koalition in Brandenburg nun einen eigenen Antrag vor. Aber wenn dadurch die außerordentliche Arbeit der Beschäftigten endlich entsprechend gewürdigt wird – dann sind wir großzügig bei der Urheberschaft,“ freut sich Kretschmer über das Ergebnis. Aus Sicht der LINKEN kann das aber nur der erste Schritt sein: Mehr Grundgehalt und einen flächendeckenden allgemeinverbindlichen Tarifvertrag seien nötig.

Was im Beschluss der Kenia-Koalition fehlt, im Antrag der LINKEN enthalten war, ist der ausdrückliche Hinweis, dass nicht am Ende die Pflegebedürftigen die Kosten tragen. „Da dies aber im Bundeszuschuss geregelt ist, werden wir darauf achten, dass es in Brandenburg umgesetzt wird“, betont Fraktionsvorsitzender Walter. Und: „DIE LINKE wird sich weiter für die Anerkennungsprämie auch für andere Berufsgruppen im Gesundheitswesen einsetzen“. (bc)

## Kita-Beiträge für Eltern in „systemrelevanten Berufen“

Eberswalde: Nach Antrag der LINKEN Entlastung für März, für Stadtverordnetenversammlung am 28. Mai neue Entscheidung geplant

Die Kitabeiträge für die Eltern, die in sogenannten „systemrelevanten Berufen“ arbeiten und deren Kinder in Kitas und Horten im April in der Notfallbetreuung weiter betreut wurden, sollte die Stadt Eberswalde von April bis Juni übernehmen, das beantragte die Fraktion der LINKEN zur Stadtverordnetenversammlung am 29. April.

Dabei geht es vor allem darum, dass das Land Brandenburg nach Schließung der Kitas beschlossen hatte, den Kommunen die Gelder für die Elternbeiträge zu erstatten. Das bedeutet: Entlastung für die Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreut haben. Gleichzeitig werden damit auch die Städte und Gemeinden entlastet, die in ihren Haushalten die Einnahmeausfälle

durch fehlende Elternbeiträge verzeichnen müssen. Schließlich fallen ja auch in den Kitas dennoch weitere Kosten an. Gleichzeitig stellte das Brandenburger Bildungsministerium aber mehrfach klar, dass die Erstattung der Elternbeiträge ausdrücklich nicht für die Eltern zutrifft, die ihre Kinder in der Notfallbetreuung unterbringen mussten.

Deshalb beantragte DIE LINKE in Eberswalde die Entlastung dieser Eltern, um eine konkrete Anerkennung auszusprechen für diejenigen, die in Krisenzeiten Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Und die Stadt müs-

se die Kosten auch für diejenigen Eltern übernehmen, deren Kinder in Kitas freier Träger gehen.

Da in der Diskussion der Stadtverordnetenversammlung sichtbar wurde, dass das Anliegen nicht mehrheitsfähig ist, wurde der Antrag von den LINKEN geändert und (vorerst) auf den März begrenzt. Dieser geänderte Antrag wurde angenommen. Für März gibt es also Beitragsfreiheit in den Kitas für alle Eltern. Die Fraktion der LINKEN wird das Anliegen im Mai erneut in der Stadtverordnetenversammlung thematisieren.

Karin Wagner, Eberswalde

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
E-Mail: [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW  
am 22. Mai